

Antrag

**der Abgeordneten Robert Heinemann, Hartmut Engels, Egbert von Frankenberg,
Marino Freistedt, Dittmar Lemke, Marita Meyer-Kainer, Marcus Weinberg (CDU)
und Fraktion**

**Betr.: Metropolregion = Bildungsregion: Engere Zusammenarbeit in der nord-
deutschen Bildungspolitik**

Hamburgs Universitäten werden von zahlreichen Studenten aus Niedersachsen und Schleswig-Holstein besucht, auf dem Ausbildungsmarkt konkurrieren Hamburger Schulabsolventen mit Gleichaltrigen aus dem Umland, und nicht nur am Stadtrand sind Ländergrenzen überschreitende Schulwege keine Ausnahme. Umzüge vom Umland nach Hamburg und umgekehrt führen zudem dazu, dass Kinder in allen Klassenstufen auch vom Bildungssystem des einen Bundeslandes in das des anderen wechseln müssen. Trotz der Kultushoheit der Bundesländer muss sich die Politik gerade in einer Metropolregion auf Grundlage der Standardsetzungen der Kultusministerkonferenz auf diese gestiegene Mobilität einstellen.

Eine engere Zusammenarbeit der norddeutschen Bundesländer ermöglicht zudem einen besseren Erfahrungsaustausch, den Vergleich unterschiedlicher bildungspolitischer Ansätze und auch Synergieeffekte, die den Schulen vor Ort zugute kommen können.

Die Bürgerschaft möge daher beschließen:

Der Senat wird ersucht, die Zusammenarbeit mit den Bundesländern Schleswig-Holstein und Niedersachsen in der Bildungspolitik zu intensivieren. Hierzu zählen insbesondere

1. die gemeinsame Entwicklung von Bildungsplänen,
2. die Entwicklung und Durchführung von zentralen Vergleichsarbeiten,
3. die Entwicklung und Durchführung von zentralen Abschlussprüfungen,
4. die Entwicklung einer gemeinsamen Position zur Reform der Lehrerbildung,
5. eine engere Zusammenarbeit in der Lehrerbildung bis hin zur Schaffung gemeinsamer Institutionen,
6. eine Kooperation bei der externen Evaluation von Schulen bis hin zur Schaffung einer gemeinsamen Institution,
7. eine langfristig enge Abstimmung der Schulentwicklungsplanung in der Metropolregion sowie
8. eine engere Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung und Weiterbildung.

Der Senat wird gebeten, der Bürgerschaft jeweils Ende 2005 und Ende 2007 einen Zwischenbericht vorzulegen.